

Der US-Journalist Glenn Greenwald setzt sich kritisch mit der "NSA-Reform" auseinander, die US-Präsident Barack Obama angekündigt hat.

LUFTPOST

Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 013/14 – 24.01.14

Obamas "NSA-Reform" ist wenig mehr als ein PR-Coup und soll nur die Bevölkerung einlullen

**Obama verspricht zwar Änderungen,
die Massenüberwachung, die so viele empört hat, wird aber weitergehen**

Von Glenn Greenwald

The Guardian, 17.01.14

(<http://www.theguardian.com/commentisfree/2014/jan/17/obama-nsa-reforms-bulk-surveillance-remains>)

Auf den politischen Skandal und die weltweite Empörung (über die illegale NSA-Überwachungspraxis) hat das offizielle Washington auch diesmal wieder mit seiner bewährten, durch häufigen Gebrauch aber schon stark abgenutzten Taktik reagiert. Seit Jahrzehnten wird sie bei allen großen politischen Skandalen angewandt. Wie vorherzusehen war, hat auch Präsident Obama in seiner am Freitag gehaltenen Rede darauf zurückgegriffen; wie üblich hat er Vorschläge für eine "Reform" der National Security Agency gemacht, um die seit sieben Monaten andauernde Kontroverse einzudämmen.

Der taktische Trick besteht darin, dass führende US-Politiker vorgeben, die öffentliche Empörung zu verstehen, sie aber gleichzeitig zu dämpfen versuchen, indem sie verkünden, "die aufgetretenen Probleme sehr ernst zu nehmen". Sie versprechen Korrekturen, die gemachte Fehler bereinigen und sicherstellen sollen, dass die erkannten Probleme nie mehr auftreten. Anschließend tun sie aber das genaue Gegenteil: Mit kosmetischen "Reformen" hübschen sie das in die Kritik geratene System auf, um ihm mehr politische Akzeptanz zu verschaffen und die Öffentlichkeit zu beschwichtigen; in Wirklichkeit wird das System aber nicht verändert, sondern nur besser abgeschirmt und damit wirksamer und unanfechtbarer, als es vor dem Skandal war.

Diese Masche wurde schon so oft praktiziert, dass sie leicht zu durchschauen ist. Mitte der 1970er Jahre deckte der Senat missbräuchliche Kontrollmechanismen auf, die schon seit Jahrzehnten praktiziert wurden und große Empörung unter der Bevölkerung hervorriefen. Als Reaktion darauf verabschiedete der US-Kongress ein neues Gesetz, den Foreign Intelligence Surveillance Act / Fisa (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Foreign_Intelligence_Surveillance_Act), der zwei wichtige Schutzvorschriften enthielt: Jede in den USA durchgeführte Überwachungsmaßnahme musste von dem FISA-Court, einem Sondergericht, genehmigt werden, und neu geschaffene Geheimdienstausschüsse (in beiden Häusern des Kongresses) sollten die Gesetzestreue der Geheimdienste überwachen.

Das neue Sondergericht (Weitere Infos dazu sind nachzulesen unter http://www.luftpost-kl.de/luftpost-archiv/LP_13/LP09013_100713.pdf .) hatte aber nur sicherzustellen, dass alle Überwachungsanträge der Regierung genehmigt wurden: Es tagt bis heute geheim, hört bei den vorgetragenen Fällen nur Rechtsanwälte der Regierung, setzt sich nur aus besonders regierungstreuen Richtern zusammen und tritt sogar in einem Regierungsgebäude zusammen. Wie beabsichtigt, hat das Gericht in den darauffolgenden 30 Jahren kein einziges Mal einen Antrag der Regierung abgelehnt.

Als Vorsitzende der Geheimdienstausschüsse werden nur die unterwürfigsten und loyalsten Befürworter eines Überwachungsstaates berufen; die derzeit amtierenden NSA-Lobbyisten sind die Demokratin Dianne Feinstein im Senat (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Dianne_Feinstein) und der Republikaner Mike Rogers im Repräsentantenhaus (s. http://de.wikipedia.org/wiki/Mike_J._Rogers). Ryan Lizza beschrieb in einem Artikel, der im Dezember 2013 im Magazin *THE NEW YORKER* erschienen ist, die Kontrolltätigkeit des Kongresses scherzhaft wie folgt: "Die Geheimdienstausschüsse behandeln führende Vertreter der Geheimdienste häufig wie berühmte Filmidole". (Der Artikel ist nachzulesen unter http://www.newyorker.com/reporting/2013/12/16/131216fa_fact_lizza .)

Infolgedessen haben sich diese Ausschüsse, die eigentlich die Geheimdienste überwachen sollten, zu PR-Agenturen der NSA im Kongress entwickelt. Mit den Mitte der 1970er Jahre verkündeten "Reformen" sollten die US-Bürger nur beruhigt werden, damit sie keine echten Reformen einforderten.

Das Gleiche geschah, nachdem die *New York Times* 2005 enthüllte, dass die NSA unter Bush jahrelang US-Amerikaner ohne richterliche Genehmigung belauscht hatte. US-Politiker kündigten lautstark an, alle Probleme, die zu diesem Skandal geführt hatten, umgehend lösen zu wollen. Und wieder taten sie das genaue Gegenteil: 2008 verabschiedeten beide Parteien des Kongresses einen neuen Foreign Intelligence Surveillance Act, dem auch der damals noch als Senator wirkende Barack Obama zustimmte. Er machte aber nur das bisher illegale Abhörprogramm Bushs legal; jetzt war nicht nur das Abhören vieler Millionen ausländischer Staatsangehöriger, sondern auch vieler US-Bürger ohne richterliche Anordnung möglich.

Die gleiche Taktik wurde auch nach dem Ausbruch der Finanzkrise im Jahr 2008 angewandt. Wieder kritisierten US-Politiker pflichtbewusst die verantwortungslosen Exzesse der Wall Street und versprachen, sie umgehend abzustellen. Die dann beschlossenen Gesetze ließen die Banker aber vollkommen ungeschoren und machten mit der Rettung der Banken, "die zu groß waren, um sie scheitern zu lassen", die Krise nur noch schlimmer.

Und jetzt spielt uns Präsident Obama erneut Theater vor, singt Loblieder auf den Schutz der Privatsphäre und verspricht die NSA zu zügeln. Er tönte: "Die Freiheit des Einzelnen ist die Quelle des menschlichen Fortschritts," und versuchte dabei möglichst ehrlich auszusehen. "Ich bin mir sicher, dass uns diese Debatte stärker machen wird," verkündete er, will aber gleichzeitig den Whistleblower einsperren, der diese Debatte ausgelöst hat. Er schloss mit der Feststellung: "Ich glaube, wir brauchen einen neuen Denkansatz."

Mit ähnlich wohlklingenden rhetorischen Floskeln versprach er eine ganze Reihe rein kosmetischer "Reformen". Seine Vorschläge sollen aber nur das bestehende Überwachungssystem kaschieren, das die gegenwärtige Kontroverse und die weltweite Empörung ausgelöst hat.

Natürlich machte Obama auch einige positiv zu wertende Angebote: Ein Vertreter der Öffentlichkeit soll an den Sitzungen des FISA Court teilnehmen, die für National Security Letters (s. http://de.wikipedia.org/wiki/National_Security_Letter) geltenden Geheimhaltungsvorschriften sollen gelockert werden, die Speicherung von Metadaten (s. <http://de.wikipedia.org/wiki/Metadaten>) soll nicht mehr bei der NSA erfolgen, der Zugang zu Metadaten soll strenger reglementiert werden und die Regierungschefs befreundeter Staaten sollen nicht mehr überwacht werden – das gilt aber nicht für die Bevölkerung dieser Staaten. Da Obama keine weiteren Details genannt hat, bleibt unklar, wie diese Vorschläge umgesetzt werden sollen. Wer wird zum Beispiel künftig die Metadaten von US-Amerikanern kontrollieren? Auch die Ankündigungen Obamas wirken eher wie leere Versprechungen und nicht wie wirklich ernst gemeinte Verbesserungsvorschläge.

Das Überwachungssystem der NSA, mit dem Hunderte von Millionen Menschen in den USA selbst und rund um die Welt ausspioniert werden, bleibt vollständig erhalten – selbst dann, wenn alle Vorschläge Obamas umgesetzt würden. Deshalb hat Obama auch nie versucht, den eigentlichen Zweck seiner Beruhigungskampagne zu verschleiern. Er selbst und andere Offizielle haben sogar wiederholt zugegeben, dass sie nur "das Vertrauen der Bevölkerung in die NSA wieder herstellen" wollen. Es geht also überhaupt nicht darum, die NSA (durch Beschneidung ihrer Befugnisse) zu reformieren, die Menschen sollen nur getäuscht werden, damit sie die NSA nicht mehr fürchten.

Anthony Romero, der Geschäftsführende Direktor der American Civil Liberties Union / ACLU (s. http://de.wikipedia.org/wiki/American_Civil_Liberties_Union) sagte nach der Rede des Präsidenten:

"Der Präsident sollte die von der Regierung praktizierte Sammlung und Speicherung von Daten aller gesetzestreuen US-Bürger nicht begründen, sondern beenden. Wenn die Regierung die Telefondaten aller US-Amerikaner abgreift und speichert, ist das ein Lehrbuch-Beispiel für eine 'willkürliche Durchsuchung' und damit ein klarer Verfassungsbruch." (s. http://de.wikipedia.org/wiki/4._Zusatzartikel_zur_Verfassung_der_Vereinigten_Staaten)

Obamas Rede hat wieder einmal gezeigt, welche Rolle er im politischen System der USA zu spielen hat und wie wichtig er für die Leute ist, die wirklich die Macht in Washington ausüben. Er hat das Hässliche zu verschleiern und einen Wechsel vorzugaukeln, damit die schon lange bestehenden stabilen Machtverhältnisse verborgen und erhalten bleiben. Er hat dafür zu sorgen, dass sich die US-Bürger wohl fühlen und keine wirkliche Änderung einer Politik fordern, die sie eigentlich abstößt. Er soll keinen Wechsel herbeiführen, sondern nur das beruhigende Gefühl vermitteln, dass er das immer noch vorhat.

Wer wirklich einen Wechsel will, sollte ihn nicht von unseren Politikern und schon gar nicht von Barack Obama erwarten. Obama war gezwungen, diese Rede zu halten, weil der wachsende Druck aus der US-Bevölkerung und der überraschend starke internationale Widerstand gegen den Überwachungsstaat USA die Technologie-Giganten der USA beunruhigte.

Seine Rede sollte als erster Schritt auf der Straße gesehen werden, die zur Wiederherstellung der Privatsphäre führen muss. Der Druck aus der Bevölkerung, der Obama zu dieser Rede gezwungen hat, muss anhalten und noch stärker werden, bis sich auch das offizielle Washington eingestehen muss, dass diesmal kosmetische Zugeständnisse nicht mehr ausreichen.

(Wir haben den Artikel komplett übersetzt und Ergänzungen und Links in Klammern versehen. Unter http://de.wikipedia.org/wiki/Glenn_Greenwald sind Infos über den Autor zu finden. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)

theguardian

Obama's NSA 'reforms' are little more than a PR attempt to mollify the public

Obama is draping the banner of change over the NSA status quo. Bulk surveillance that caused such outrage will remain in place

Glenn Greenwald. 17 January 2014

In response to political scandal and public outrage, official Washington repeatedly uses the

same well-worn tactic. It is the one that has been hauled out over decades in response to many of America's most significant political scandals. Predictably, it is the same one that shaped President Obama's much-heralded Friday speech to announce his proposals for "reforming" the National Security Agency in the wake of seven months of intense worldwide controversy.

The crux of this tactic is that US political leaders pretend to validate and even channel public anger by acknowledging that there are "serious questions that have been raised". They vow changes to fix the system and ensure these problems never happen again. And they then set out, with their actions, to do exactly the opposite: to make the system prettier and more politically palatable with empty, cosmetic "reforms" so as to placate public anger while leaving the system fundamentally unchanged, even more immune than before to serious challenge.

This scam has been so frequently used that it is now easily recognizable. In the mid-1970s, the Senate uncovered surveillance abuses that had been ongoing for decades, generating widespread public fury. In response, the US Congress enacted a new law (Fisa) which featured two primary "safeguards": a requirement of judicial review for any domestic surveillance, and newly created committees to ensure legal compliance by the intelligence community.

But the new court was designed to ensure that all of the government's requests were approved: it met in secret, only the government's lawyers could attend, it was staffed with the most pro-government judges, and it was even housed in the executive branch. As planned, the court over the next 30 years virtually never said no to the government.

Identically, the most devoted and slavish loyalists of the National Security State were repeatedly installed as the committee's heads, currently in the form of NSA cheerleaders Democrat Dianne Feinstein in the Senate and Republican Mike Rogers in the House. As the New Yorker's Ryan Lizza put it in a December 2013 article on the joke of Congressional oversight, the committees "more often treat ... senior intelligence officials like matinee idols".

As a result, the committees, ostensibly intended to serve an overseer function, have far more often acted as the NSA's in-house PR firm. The heralded mid-1970s reforms did more to make Americans believe there was reform than actually providing any, thus shielding it from real reforms.

The same thing happened after the New York Times, in 2005, revealed that the NSA under Bush had been eavesdropping on Americans for years without the warrants required by criminal law. The US political class loudly claimed that they would resolve the problems that led to that scandal. Instead, they did the opposite: in 2008, a bipartisan Congress, with the support of then-Senator Barack Obama, enacted a new Fisa law that legalized the bulk of the once-illegal Bush program, including allowing warrantless eavesdropping on hundreds of millions of foreign nationals and large numbers of Americans as well.

This was also the same tactic used in the wake of the 2008 financial crises. Politicians dutifully read from the script that blamed unregulated Wall Street excesses and angrily vowed to rein them in. They then enacted legislation that left the bankers almost entirely uncathed, and which made the "too-big-to-fail" problem that spawned the crises worse than ever.

And now we have the spectacle of President Obama reciting paeans to the values of individual privacy and the pressing need for NSA safeguards. "Individual freedom is the

wellspring of human progress," he gushed with an impressively straight face. "One thing I'm certain of, this debate will make us stronger," he pronounced, while still seeking to imprison for decades the whistleblower who enabled that debate. The bottom line, he said, is this: "I believe we need a new approach."

But those pretty rhetorical flourishes were accompanied by a series of plainly cosmetic "reforms". By design, those proposals will do little more than maintain rigidly in place the very bulk surveillance systems that have sparked such controversy and anger.

To be sure, there were several proposals from Obama that are positive steps. A public advocate in the Fisa court, a loosening of "gag orders" for national security letters, removing metadata control from the NSA, stricter standards for accessing metadata, and narrower authorizations for spying on friendly foreign leaders (but not, of course, their populations) can all have some marginal benefits. But even there, Obama's speech was so bereft of specifics – what will the new standards be? who will now control Americans' metadata? – that they are more like slogans than serious proposals.

Ultimately, the radical essence of the NSA – a system of suspicion-less spying aimed at hundreds of millions of people in the US and around the world – will fully endure even if all of Obama's proposals are adopted. That's because Obama never hid the real purpose of this process. It is, he and his officials repeatedly acknowledged, "to restore public confidence" in the NSA. In other words, the goal isn't to truly reform the agency; it is deceive people into believing it has been so that they no longer fear it or are angry about it.

As the ACLU's executive director Anthony Romero said after the speech:

The president should end – not mend – the government's collection and retention of all law-abiding Americans' data. When the government collects and stores every American's phone call data, it is engaging in a textbook example of an 'unreasonable search' that violates the constitution.

That, in general, has long been Obama's primary role in our political system and his premiere, defining value to the permanent power factions that run Washington. He prettifies the ugly; he drapes the banner of change over systematic status quo perpetuation; he makes Americans feel better about policies they find repellent without the need to change any of them in meaningful ways. He's not an agent of change but the soothing branding packaging for it.

As is always the case, those who want genuine changes should not look to politicians, and certainly not to Barack Obama, to wait for it to be gifted. Obama was forced to give this speech by rising public pressure, increasingly scared US tech giants, and surprisingly strong resistance from the international community to the out-of-control American surveillance state.

Today's speech should be seen as the first step, not the last, on the road to restoring privacy. The causes that drove Obama to give this speech need to be, and will be, stoked and nurtured further until it becomes clear to official Washington that, this time around, cosmetic gestures are plainly inadequate.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern